



Schleswig-Holstein
Flensburg · Kiel · Lübeck

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 17/1786

IHK Schleswig-Holstein | 24100 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Der Vorsitzende
Herr Bernd Schröder
Postfach 7121
24171 Kiel

Federführung Umwelt

Ihr Ansprechpartner
Dr. Martin Kruse
E-Mail
kruse@kiel.ihk.de
Telefon
(0431) 5194-297
Fax
(0431) 5194-533

14.01.2011

Bundratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/968

Sehr geehrter Herr Schröder,

wir bedanken uns für die Übersendung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit dem der schleswig-holsteinische Landtag aufgefordert werden soll, eine Bundratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas herbei zu führen.

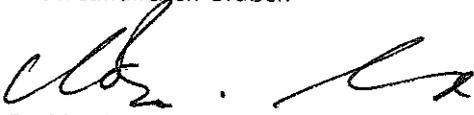
Begründet wird der Antrag damit, dass den Kommunen erhebliche Einnahmen entgingen, wenn Gaskunden nicht als Tarifikunden, sondern als Sondervertragskunden eingestuft werden. Mit der Bundratsinitiative soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Konzessionsabgabenverordnung dahingehend zu ändern, dass Kunden mit einem Verbrauch bis zu 500.000 kWh Gas pro Jahr als Tarifikunden eingestuft werden. Bei Strom liegt die Grenze derzeit bei einem Verbrauch von 30.000 kWh Strom pro Jahr. Für Gas ist diese Grenze in der Konzessionsabgabenverordnung bislang nicht eindeutig definiert. Nach geltendem Recht steht es den Gasversorgern derzeit frei, ab welcher Gasliefermenge sie Sonderverträge anbieten.

Mit der angestrebten Regelung würden insbesondere viele kleine und mittlere Unternehmen mit zusätzlichen Kosten belastet. Da die Konzessionsabgaben von den Gasversorgern auf die Gaspreise umgelegt werden, ergäbe sich für sie nach unseren Berechnungen ein Gaspreisanstieg von ca. 10 %. In Kombination mit den derzeit stark steigenden Strompreisen führt die angestrebte Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas bei den betroffenen Unternehmen zu massiv steigenden Energiekosten, die zumindest nicht ad hoc durch den verstärkten Einsatz von Energieeffizienzmaßnahmen aufgefangen werden können.

Im Übrigen tragen die Gewerbetreibenden über Gewerbesteuerzahlungen nicht unerheblich zur Finanzierung der kommunalen Haushalte bei. Durch die angestrebte Erhöhung der Gasbezugskosten würden daher die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen zurückgehen. Da zudem einige Unternehmen in ihrer Existenz gefährdet werden können, kann ein Totalausfall einzelner Gewerbesteuerpflichtiger die Folge sein. Diese Ausfälle zögen nicht nur erneut sinkende kommunale Einnahmen nach sich, sondern auch eine steigende Belastung unserer sozialen Sicherungssysteme.

Aus den genannten Gründen empfehlen wir dem schleswig-holsteinischen Landtag, dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht zu folgen und vom Ergreifen einer Bundesratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dr. Martin Kruse', written in a cursive style.

Dr. Martin Kruse
Geschäftsführer